

Weltwirtschaft in Sturmzeiten*)

Dr. rer. pol. Karl Kühne hat zuletzt im Februar 1974 für die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ geschrieben.

Eine Beurteilung der ökonomischen und insbesondere konjunkturellen Situation der Länder Westeuropas kann in der zweiten Hälfte des Jahres 1974 nur unter weltwirtschaftlichen Aspekten erfolgen. Dabei stehen drei Tatbestände im Vordergrund:

— die langfristige Trendentwicklung, die in den einzelnen Ländern unterschiedlich verlief und nun einen Bruch erfährt, der ebenfalls auf unterschiedliche Zukunftsperspektiven hindeutet;

— das Auslaufen des kurzatmigen mittelfristigen Aufschwungs der Jahre 1972/73, der nicht allein von der Weltinflation gebrochen wurde, sondern in den einzelnen Ländern auch aus endogenen Gründen festlief, und den man mit dem sogenannten „Kuznets“- oder Bau-Transport-Zyklus im Zusammenhang sehen muß: der Abschwung fällt mit einem Abflauen dieses zwanzigjährigen Zyklus des Wohnungsbaus zusammen;

— die Weltinflation, die in der kartellbedingten künstlichen Anhebung der Erdölpreise lediglich ihren spektakulären Ausdruck fand, daneben aber in einer Welle von Rohstoffpreissteigerungen 1973/74 gipfelte und im Grunde das Problem der fundamentalen Unstabilität unserer Wirtschaftsstruktur anrührt, wie es von *Harrod* in seiner langfristigen Wachstumstheorie kurz nach dem zweiten Weltkrieg theoretisch formuliert worden war.

In dieser Darstellung, die in erster Linie den konjunkturellen Zusammenhängen gewidmet ist, kann der erste und der letzte dieser drei Punkte nur sehr flüchtig gestreift werden. Dennoch ist der Verfasser der Meinung, daß in diesen längerfristigen und grundsätzlichen Problemen, die in der Alltagsdiskussion meist zu

*) Der vorliegende Aufsatz gibt die persönlichen Auffassungen des Autors wieder.

kurz kommen, der eigentliche Schlüssel für die Besonderheit der augenblicklichen zyklischen Situation zu suchen ist.

Die Entwicklung in den einzelnen Ländern kann hier im Rahmen des internationalen Zyklus gesehen werden.

Wachstumstrend 1950 — 1970 und Wachstumsschwäche in den siebziger Jahren

Die moderne Konjunkturtheorie ist sich heute darüber einig, daß zwischen Wachstumstrend und Konjunkturentwicklung enge Zusammenhänge bestehen. Diese sind zwar komplexer Natur, und es ist auch nicht so, daß ein eindeutiger Zusammenhang zwischen hohen oder niedrigen Wachstumsraten einerseits und starken Schwankungen in der Wachstumsrate bzw. regelrechten Rezessionen und heißlaufenden „Booms“ zu erkennen ist. Dennoch erscheint es sinnvoll, zunächst einmal vom Wachstumstempo der wichtigsten Industrieländer auszugehen, ehe man deren Konjunkturanfälligkeit betrachtet. Wenn wir die Reihenfolge der Länder nach der Intensität des Aufschwungs von 1973 ansetzen, so ergibt sich folgendes Bild:

	Durchschn. jährl. Wachstumsrate des Bruttosozprod.		Wachstumsrate des Bruttonationalprodukts gegenüber Vorjahr ⁴⁾			
	1950–60 ¹⁾	1960–70 ²⁾	1971 ³⁾	1972	1973	1974 ^{***}
Japan	9,4 ^{**}	11,1	6,2	9,4	10,3	– 1,5
Frankreich	4,4	5,8	5,5	5,5	6,1	4,75
USA	3,2	4,0	3,2	6,1	5,9	– 0,5
Belgien	2,9	4,9*	3,5	5,4	5,7	3,5
Italien	5,9	5,6	1,6	3,4	5,4	3,5
Großbritannien	2,6	2,7	2,4	3,5	5,4	– 2,0
Bundesrepublik	7,6	4,8	2,7	3,0	5,3	1,75
Niederlande	4,9	5,3*	3,7	4,4	4,7	2,75
Dänemark	3,3	4,8*	3,9	5,0	4,0	2,5

* = 1959/71

** = 1953/65

*** Vorschätzung

Wir wollen hier nicht auf die Problematik des Bruttonationalprodukts als Wohlstandsmaßstab eingehen; sie ist in dieser Zeitschrift wiederholt behandelt worden. Wir haben hier nur mit Indikatoren zu tun.

In den fünfziger Jahren hatte man bei den Wiederaufbau-Nachzählern Westdeutschland und Japan vom „Wirtschaftswunder“ geredet; beim japanischen Wun-

-
- 1) Angus Maddison, *Economic Growth in the West*, New York/London 1964, S. 28; für Japan: derselbe, *Die neuen Großmächte*, Bergisch Gladbach 1969, S. 91 (engl. Originalausgabe: *Economic Growth in Japan and the USSR*).
 2) Fonds Monétaire International, *Rapport Annuel 1972* (London 1969). Washington 1972; s. a. E. Stillman u. a., *L'Envol de la France dans les années 1980* (Bericht des Hudson-Institutes), Paris 1973, S. 51 (für Belgien, die Niederlande und Dänemark: siehe Anmerkung 4 unten). 3) *Die Weltwirtschaft*, Kiel, 1973, Heft 2, Statist. Anhang, S. 3/4. 4) OECD-Observer, Nr. 71, August 1974: OECD Economic Outlook, Tabellen 1 und 2.

der blieb es, denn das Land überholte selbst die Sowjetunion mit seinen Wachstumsraten. Unter den „normaleren“ Industrieländern schoben sich Italien und Frankreich in den Vordergrund. Beide Länder erlebten 1964/65 Rezessionen, ehe es zu der spektakulären Rezession in der Bundesrepublik 1966/67 kam, die mit einer Minirezession in den USA und Großbritannien Hand in Hand ging. Seither hat sich Frankreich, stimuliert durch die Nach-Revoluten-Expansion seit 1968, ziemlich an der Spitze gehalten; aber Italien scherte 1971/72 in eine erneute „verfrühte“ Rezession aus. Wird das Land zum Signal-Vorreiter für Weltrezessionen?

Indessen verdeckt die obige Übersicht für das Jahr 1974 mit ihren geschätzten Globalziffern den schweren Rückschlag, der sich in der ersten Jahreshälfte für einige der wichtigsten Länder eingestellt hat. Das Bruttosozialprodukt ging in den USA in diesem Zeitraum gegenüber dem Vorjahr um 2,75 vH, in Japan und Großbritannien (hier allerdings streikbedingt) um 6,5 vH zurück, nachdem es schon in der zweiten Jahreshälfte 1973 in Großbritannien und auch der Bundesrepublik fast auf den Nullpunkt abgesackt war. Nach den OECD-Prognosen soll allerdings in der zweiten Jahreshälfte in diesen Ländern eine gewisse Besserung eintreten. Dennoch soll der Rückgang in den genannten Ländern nur etwa zu zwei Dritteln aufgeholt werden. Dafür wird allerdings in Italien die Wachstumsrate gleichzeitig auf den Nullpunkt sinken.

Die Konjunkturlage im Herbst 1974

Die Situation im Herbst 1974 zeichnet sich dadurch aus, daß alle Welt von Krisenfurcht gepackt ist: Selbst die nüchterne „Frankfurter Allgemeine“ sah sich veranlaßt, einen Vergleich zur Situation von 1929 zu ziehen. Hauptanlaß zu solchen Befürchtungen gab der katastrophale Absturz der Aktienkurse in aller Welt seit Ende 1972. Die Kurse in London, die in den siebziger Jahren mehrmals das Fünffache des Niveaus von 1950 erreichten, sind seither (Financial Times-Index) auf das Niveau von 1955 zurückgefallen — nur noch das Doppelte von 1950. Sie verzeichnen somit einen Kurssturz von fast 60 vH gegenüber dem Höhepunkt. In Italien und der Bundesrepublik betrug das Absinken gegenüber früheren Rekordhöhen bereits im Februar rund 40 vH, in den Niederlanden, Japan und Australien rund ein Viertel — in Hongkong sogar drei Viertel. Der Dow-Jones-Index der USA, der zwischen 1965 und 1973 mehrfach die Obergrenze von 800 durchbrach und Anfang 1973 1 000 streifte, ist bis zum Herbst unter 600 gefallen. Korrigiert man den britischen und amerikanischen Index mit der Preisentwicklung, so ergibt sich, daß die konstanten Werte des ersteren etwa 1968 einen Höhepunkt von 150, die des letzteren 1965 einen Höhepunkt von 350 erreicht hatten — demgegenüber ist der erstere seither auf weniger als ein Drittel, der zweite auf fast die Hälfte abgesunken.⁵⁾

5) Nach: Economist, seit Februar 1974; Mondo Economico, Artikel: Ancora piu basso, Nr. 37, 28. 9. 1974; Enterprise, Nr. 994, 26. 9. 1974.

Demgegenüber ist die konjunkturelle Schwäche in den vier großen EWG-Ländern eigentlich noch nicht sehr kraß in Erscheinung getreten. Immerhin war die Arbeitslosenziffer in der Bundesrepublik im September 1974 mit 557 000 auf der anderthalbfachen Zahl des Vorjahrs angelangt; bei Ausschaltung der saisonalen Schwankungen entsprach diese Ziffer sogar einer „bereinigten“ Arbeitslosenzahl von 700 000. Gleichzeitig wurde die Zahl der offenen Stellen mit 300 000 halbiert. In Großbritannien erhöhte sich im September die Arbeitslosenzahl gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum von 578 000 auf 683 000, in Frankreich von 364 000 auf 428 000. Italien, das sich noch nicht ganz von seiner Rezession 1971/72 erholt hatte, konnte einen Anstieg von 913 000 auf 934 000 verzeichnen, hat aber viele Kurzarbeiter. In Dänemark hat sich die Arbeitslosenziffer im September gegenüber dem Vorjahr vervierfacht, von 11 000 auf 38 000.⁶⁾ Die letzten Zahlen für die USA lauten für September auf 5,3 Mill, statt 4,24 Mill. zur gleichen Vorjahrszeit.⁷⁾

Betrachtet man den Index der Industrieproduktion, der sehr viel sensibler ist als der des Bruttosozialprodukts — bei Vergleichen mit 1929 kann man ohnehin nur den ersteren heranziehen —, so zeigt sich im September eigentlich nur erst in der Bundesrepublik ein deutlicher konjunktureller Einbruch gegenüber Vorjahrsziffern: 150 statt 153,2. Allerdings stagniert dieser Index in Großbritannien (hier nach dem streikbedingten Einbruch im Frühjahr) wie in den USA. Der Index der verarbeitenden Industrie stagniert in Großbritannien zur Jahresmitte — nach dem streikbedingten Absinken — zeigt aber, wenn man die Saisonschwankungen ausschaltet, ein leichtes Absinken auch in der Bundesrepublik (153,7 statt 158,3) bzw. ohne Saisonschwankung 180 statt 184,8. In der Bundesrepublik ist es vor allem der Index der Bauindustrie, der zur Jahresmitte spektakulär abgleitet: Im August 123,7 statt 139,2 im Vorjahr. Die Baugenehmigungen liegen um 45 vH unter denen des Rekordjahres 1971/72. Dieser Index stagniert aber auch in den Beneluxländern. Eine deutliche Stagnation hat auch die Textilindustrie ziemlich in allen Ländern (außer in Belgien) ergriffen, ferner die Lederindustrie, speziell in Frankreich (allerdings nicht in Italien) und endlich die metallverarbeitende Industrie in der Bundesrepublik und in Großbritannien. Die Misere der Automobilindustrie ist notorisch. Dagegen ist die chemische Industrie trotz Rohstoffverteuerung im Aufstieg begriffen, und noch mehr die eisenschaffende Industrie.

Der prozentuale Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer erreichte im ersten Vierteljahr 1974 in vielen Ländern fast die Höhe der Rezessionsjahre 1970/72: mit 5,2 bzw. 5,5 vH in den USA und Kanada, 2,8 vH in Italien, 2,6 vH in den Niederlanden, 2,3 vH in Belgien, Frankreich und Großbritannien. In den meisten europäischen OECD-Ländern ist diese Rate immerhin doppelt so hoch wie in den früheren Rezessionen, in den USA und Kanada immerhin anderthalbmal so hoch. Wenn im ersten Quartal 1974 rund 2,5 Mill. Men-

6) Konjunkturstatistik Eurostat, 21. 10. 1974.

7) International Herald Tribune, 28. 10. 1974, S. 9.

schen in OECD-Europa und 8,2 Mill. Menschen in allen OECD-Ländern zusammen ohne Arbeit waren, so sagt man allerdings für die nächsten zwölf Monate eine Zunahme in dieser Arbeitslosigkeit um 3 bis 4 Mill., allein in den wichtigsten Ländern voraus. In Frankreich liegen die Wohnungsverkäufe in der Pariser Region im zweiten Vierteljahr um 26 vH unter dem ersten Vierteljahr und um 6 vH unter dem Vorjahr; der soziale Wohnungsbau dürfte 1974 um rund 8 vH unter dem Vorjahr liegen. In den USA sind die Baubeginne um 40 vH zurückgegangen. Es handelt sich also um ein weltweites Phänomen.

Die Preisexplosion

Schlimmer noch: Die Stagflation ist da — denn die Inflation wurde durch die relative Stagnation 1970/72 nicht gemildert, sondern angeheizt, vor allem wohl infolge der ungünstigeren Kostengestaltung, aber auch aus antizipativen Gründen. Wenn unter den neun wichtigen Industrieländern 1973 nur in Italien (11 vH) und Japan (19,5 vH) zweistellige Preissteigerungsziffern erreicht wurden, so war das Phänomen in der ersten Jahreshälfte 1974 allgemein: Von diesen Ländern blieb die Bundesrepublik allein auf der Hälfte des Durchschnittssatzes dieser Neun, mit 7,75 vH. In Nordamerika erreichte die Preissteigerungsrate 12 vH, in Frankreich und Großbritannien 15 bzw. 16,5 vH, in Italien fast 20 vH und in Japan nahezu 30 vH. Dabei darf nicht verschwiegen werden, daß die Inflationsraten in vielen Entwicklungsländern noch darüber lagen: über 28 vH in Indien, 40 vH in Bangladesh, Mexiko und Indonesien, 68 vH in Uruguay und 637 vH im Chile des Diktators *Pinochet!* Dafür blieben aber klassische Inflationsländer wie Brasilien auf dem geradezu bescheidenen Satz von 13 vH zum Jahresbeginn, den selbst Australien erreichte; aber seither stieg die Rate in Brasilien auf 25 vH. Über 30 vH kamen auch manche afrikanische Staaten, Ghana, Sudan, Kongo. Aber die Empfänger der ölmilliarden wie Libyen, Irak und Venezuela blieben unter 10 vH, Iran und Nigeria unter 20 vH Steigerung ihres allgemeinen Preisniveaus.

Für die zweite Jahreshälfte rechnet die OECD mit einer Intensivierung der Inflation in Frankreich, Großbritannien, Italien; erst für 1975 hofft man auf ihr langsames Abflauen. Für eine Anzahl Güter ist es auf dem Weltmarkt zu einer Vervierfachung der Preise gekommen. In der Mehrzahl der Fälle geschah dies durch das Spiel spekulativer Kräfte auf dem freien Markt — so bei Metallen aller Art und neuerdings auch bei Zucker. Im Falle des Erdöls war es das Resultat eines Staatenkartells, dessen organisatorische Grundlage ein Oligopol multinationaler Konzerne bildete. Man wird annehmen dürfen, daß diese übersteigerten Weltmarktpreise angesichts des Abflauens der Wachstumsraten in den Industrieländern ebenso spektakulär wieder zusammenbrechen; bei einzelnen Produkten — wie z. B. Sojabohnen — ergab sich schon im Frühjahr ein scharfer Rückgang. Verschärft wird die Situation vor allem durch die Getreideknappheit in der Welt: Die Reservelagerbestände sind hier von 125 Mill. t im Jahre 1972 auf 70 Mill. t im Jahre 1974 gefallen. Schlechte Ernten — bei Weizen und Sojabohnen ein

Sechstel, bei Mais ein Viertel des erwarteten Ertrages — lassen das Gespenst des Hungers auf uns zukommen. Alles in allem haben sich seit 1970 die Lebensmittelpreise auf dem Weltmarkt etwa verdreifacht, die Preise für Faserstoffe verdoppelt und die für Industrierohstoffe generell halbiert. Die Ziffer für Faserstoffe repräsentiert dabei schon wieder einen Rückgang um rund ein Drittel gegenüber dem Vorjahr.

Die Zusammenhänge zwischen Wachstumsrate und Unstabilität

Der britische Ökonom *Thomas Wilson* hat 1966 und 1968 Untersuchungen⁸⁾ durchgeführt über die Zusammenhänge zwischen Wachstumsrate und Unstabilität alias Konjunkturschwankungen. Zwar war nach diesen Untersuchungen das Land mit der höchsten Wachstumsrate des Sozialprodukts, Japan, auch gleichzeitig das mit der stärksten Unstabilität bei Sozialprodukt und Industrieproduktion. Als Maßstab für die Unstabilität diente die Standardabweichung vom Wachstumstrend. Besondere Stabilität zeigten in dieser Epoche Frankreich und Italien; auch Großbritannien war trotz seiner geringen Wachstumsraten stabil. Die Bundesrepublik hatte bei hohen Wachstumsraten entgegen dem, was man sonst glaubt, nur recht mittelmäßige Stabilitätsgrade. Österreich und Belgien waren stark unstabil, die USA noch mehr: dabei hatten die beiden letzteren Länder relativ niedrige Wachstumsraten. Es ergibt sich also kein eindeutiger Zusammenhang zwischen Wachstum des Sozialprodukts und Unstabilität.

Betrachtet man dagegen die Industrieproduktion, so erweist sich das Land mit der niedrigsten Wachstumsrate, Großbritannien, sogar als das stabilste. Deutschland und diesmal auch Frankreich und Italien liegen nur in der Mitte der Skala; am unstabilsten sind wieder Japan, aber auch Schweden, die USA und Belgien — die letzten beiden bei geringen Wachstumsraten.

Diese Ergebnisse werden durch neuere Studien teilweise bestätigt, bedürfen aber auch insofern der Ergänzung, als Trend und Wachstum des Produktionspotentials nicht immer dasselbe sind.

Für die Zeit zwischen den Weltkriegen war die Depressionsanfälligkeit — Unstabilität nach unten — bezeichnend. Nach dem zweiten Weltkrieg glaubte man, diese überwunden zu haben, angesichts der relativ milden Rezessionen, die sich in Ländern mit hohen Wachstumsraten nur in „Wachstumszyklen“ niederschlugen. Die siebziger Jahre aber brachten nur die „Unstabilität nach oben“ — die Inflation. Hat sich damit das Diktum Harrods bestätigt, wonach der Kapitalismus prinzipiell unstabil ist und zwischen der Szylla der Depression und der Charybdis der Inflation hin- und herzuschwanken verdammt ist?

8) Thomas Wilson, *Instability and the Rate of Growth*, Lloyds Bank Review July 1966, und: *Instability and Growth: An International Comparison 1950 bis 1960*, (zus. mit R. P. Sinha), in *Economic Growth in 20th-Century Britain*, (hrsg. von D. H. Aldcroft und P. Fearon, London 1969, S. 184 ff.).

Wieweit hat die Wirtschaftspolitik stabilisierend gewirkt?

Für die Industrieländer können erst Studien, die einen Vergleich zwischen dem Wachstumspotential und dem tatsächlich Erreichten vornehmen, einen eigentlichen Anhaltspunkt für die Effizienz der Wirtschaftspolitik bieten. Arbeiten dieser Art hat der Amerikaner *Snyder* 1970 veröffentlicht⁹⁾: Danach schneidet die schwedische Wirtschaftspolitik am besten ab, denn sie hat mit ihrer Fiskalpolitik ungefähr zwei Drittel der theoretisch möglichen Stabilisierung erreicht. Die Bundesrepublik erreichte dagegen nur ein Achtel (13,1 vH) der möglichen Stabilisierung, Belgien noch weniger (9,5 vH). Die USA lagen mit einem Sechstel (17,3 vH) nur wenig über der Bundesrepublik. Frankreich und Italien, die nach der Wilson-Studie so gut abschnitten, konnten die Stabilisierungsmöglichkeiten lediglich zu 29 vH bzw. 20,7 vH ausschöpfen.

Allerdings muß dabei beachtet werden, daß der sogenannte „reine Zyklus“, den es durch Stabilisierungsmaßnahmen zu überwinden galt, in den Ländern mit geringer Erfolgsquote meist auch sehr scharfe Schwingungen zeigte: In den USA betrug er in den zehn Jahren von 1955 bis 1965 etwas mehr, als dem Bruttosozialprodukt eines halben Jahres entsprach; in Belgien und Italien waren es zwei Fünftel eines Jahresprodukts, in Frankreich ein Viertel, in Großbritannien und der Bundesrepublik nur ein Fünftel. Daß die Schwankungsbreite so verschieden ausfällt, erklärt sich durch eine Vielzahl endogener Faktoren: Schwankungen im privaten Verbrauch, bei dauerhaften Konsumgütern (Teilzahlungseffekt), bei den privaten Investitionen, Außenhandelseffekte, unterschiedliche Wirkung automatischer Stabilisatoren, die nicht von der Fiskalpolitik erfaßt werden, sowie auch geldpolitische Maßnahmen, die bei Snyder mit im „reinen“ Zyklus stecken.

Für die Bundesrepublik ist im übrigen die nicht sehr erfolgreiche Stabilisierungspolitik auch durch die Arbeit *Wagners* zum Thema des „Wachstumszyklus“ bestätigt worden.¹⁰⁾ Der Autor dieses Artikels hat an anderer Stelle den Nachweis dafür geführt, daß sich unter den wirtschaftswissenschaftlichen Autoritäten die Stimmen derer mehren, die in der keynesianisch konzipierten Staatsintervention kein reines Heilmittel sehen: Ökonomen wie *Samuelson, Heller, Friedman, Hansen* u. a. haben nachgewiesen, daß die Interventionen der Fiskal- und Geldpolitik fast ebenso häufig entstabilisierend gewirkt haben.¹¹⁾

Der Einfluß der USA-Wirtschaftspolitik

Ein wesentlicher Entstabilisierungsfaktor ist und bleibt die USA-Wirtschaftspolitik, deren Interessen denen der übrigen Länder oft konträr laufen. In einer

9) W. W. Snyder, *Measuring the Effects of German Budget Policies 1955—1965*, Weltwirtschaftliches Archiv, Kiel, Band 104, 1970, Heft 2, S. 302 ff.; und: *Measuring Economic Stabilization 1955—1965*, American Economic Review, December 1970, S. 924 ff. Diese Studien wurden auf der Grundlage der Vorarbeiten von Brown, Hansen, Lindbeck, Musgrave, Dow und anderen durchgeführt.

10) Adolf Wagner, *Die Wachstumszyklen in der Bundesrepublik Deutschland*, Tübingen 1972.

11) Vgl. Karl Kühne, *Ökonomie und Marxismus*, Band II: *Zur Dynamik des Marxschen Systems*, Neuwied 1974, S. 431 ff.

Stellungnahme zum Bericht des US-Sachverständigenrates von 1973 hat *Michael Parkin* festgestellt, daß bei überwiegend festen Wechselkursen „die Erklärung für die Inflation nicht auf nationaler oder regionaler Ebene, sondern auf der Ebene der gesamten monetären Expansion auf der Überschußnachfrage der ganzen Welt zu suchen ist...“. Und er stellt dabei eine einfache Regel auf: „Wenn der Rest der Welt unterbeschäftigt ist, dann muß eine Zunahme in der amerikanischen Nachfrage über die Zahlungsbilanz in eine Ausdehnung der Nachfrage anderswo umschlagen und hat keine oder nur eine geringere Wirkung auf die allgemeine Inflationsrate ... Wenn dagegen der Rest der Welt vollbeschäftigt ist, dann muß eine Zunahme der Nachfrage in den USA zur Auslösung eines allgemeinen inflatorischen Druckes führen... 1971 nahm das US-Zahlungsbilanzdefizit um 30 Mrd. Dollar zu, 1972 um 12 Mrd ...“¹²⁾ In der ersten Jahreshälfte 1973 waren es dann noch fast 10 Mrd. Dollar.¹³⁾ Das erklärt sicherlich einen guten Teil der Weltinflation. Aber warum wirkte sich diese so unterschiedlich aus?

Der erste und offensichtlichste Grund ist zweifellos in der unterschiedlichen Währungssituation der einzelnen Länder zu suchen. Aber leider hat das System der „unechten“ flexiblen Wechselkurse — alias „schmutziges Floaten“ —, bei dem die einzelnen Zentralbanken doch entgegen den Regeln teilweise und unregelmäßig zu intervenieren versuchen, nicht zu dem Ergebnis geführt, das man nach den klassischen Regeln erhoffen sollte: daß nämlich die inflatorischen Wirkungen des US-Zahlungsbilanzdefizits vor allem auf starke Währungen ausstrahlen, so daß Länder mit nahezu chronischem Zahlungsbilanzüberschuß wie die Bundesrepublik eine entsprechende Anhebung ihres Preisniveaus erfahren würden. Statt dessen war die inflatorische Wirkung der Steigerung der Importpreise in der ersten Instanz für Länder mit schwacher Währung teilweise so stark, daß deren Währung weiter erschüttert wurde, noch ehe sich der Exportstimulus aus dem Floating durchsetzen konnte.

Der zweite Grund dürfte darin liegen, daß das US-Zahlungsbilanzdefizit den Eurodollarmarkt alimentierte, der durch die Ausweichmöglichkeiten, die er den Banken europäischer Länder bot, die Wirkungsfähigkeit der jeweiligen Geldpolitik unterminierte, und zwar in unterschiedlichem Maße in den einzelnen Ländern. Und der dritte Grund dürfte darin zu suchen sein, daß niemand — vor allem auch nicht die führende Wirtschaftsmacht USA — sich um die Herstellung eines Gleichklangs in der Konjunkturpolitik bemühte, sondern jedermann eifersüchtig auf seine Eigenbrötelei erpicht war. „Demand-Pull“- und „Cost-Push“-Elemente kamen in den einzelnen Ländern in unterschiedlichem Maße zum Tragen.

Die Hauptopfer: Großbritannien und Italien

Die Bundesrepublik hatte 1971/72 nur eine Wachstumsrate von rund 3 vH und weniger und damit unausgenutzte Kapazitäten, zudem wurde sie durch vor-

11) M. Parkin, in: The 1973 Report of the President's Council of Economic Advisers: A. Critique, Am. Ec. Rev., Sept. 1973, Vol. 63, Nov. 4, S. 544.

13) OECD-Observer, Nr. 71, August 1974, S. 11 (Gesamt-Kapitalbilanz).

hergegangene Aufwertungen abgeschirmt. Daraus erklärt sich ihre niedrige Inflationsrate. Aber auch Italien erlebte 1971/72 eine Rezession, und es hatte wie Großbritannien 1972 einen Höhepunkt der Arbeitslosigkeit. Warum haben nun diese beiden Länder die schärfste Preissteigerung erlebt?

Die Antwort dürfte mindestens teilweise im „Floating“ zu suchen sein, dem beide Währungen unterlagen. Die damit bewirkte De-Facto-Abwertung führte in erster Instanz zur scharfen Steigerung der Einfuhrpreise; das soll dann zwar auf mittlere und längere Sicht durch eine entsprechende Zunahme der Ausfuhren überkompensiert werden — aber eben dieser Effekt läßt auf sich warten. Inzwischen hat die Rohstoffpreisexplosion und die Ölpreissteigerung alle Berechnungen über den Haufen geworfen. Indirekte Konsequenz war in beiden Ländern die Ausweitung der Geldmenge. Ein gewisses Zögern gegenüber der deflatorisch bremsenden monetären Politik mag mitgewirkt haben, vor allem mit Rücksicht auf die Regionalpolitik, die wir weiter unten kurz streifen wollen.

Das italienische Beispiel

Italien wurde von Weltinflation und Energiekrise schärfer getroffen als fast alle anderen Industrieländer — außer Japan. Die italienische Situation ist um so tragischer, als das Land sich gerade einigermaßen von der Rezession 1971/72 erholt hatte: Nun droht die Arbeitslosenziffer erneut die Millionengrenze zu überschreiten.

Ein kenntnisreicher Journalist, *Eugenio Scalfari*, hat 1972 festgestellt, es sei „eine hundertfach gemachte Erfahrung, daß es in Italien unmöglich ist, die Wirtschaft über die öffentlichen Ausgaben zu lenken“. Er berief sich darauf, Zentralbankpräsident *Carli* habe in seinem letzten Bericht festgestellt, die öffentlichen Ausgaben hätten die effektive Gesamtnachfrage vermindert statt vergrößert¹⁴).

Wie wir sahen, steht Italien unter den modernen Industrieländern nicht isoliert da. In Italien scheint die Fehlsteuerung der Fiskalpolitik jedoch besonders prononciert zum Ausdruck zu kommen: So haben denn auch die Professoren *Cotula* und *Masera* auf einem Symposium, das 1971 mit dem Bergedorfer Gesprächskreis veranstaltet wurde¹⁵), erklärt, daß in diesem Land „das Instrument der Fiskalpolitik für die Stabilisierungspolitik nur von geringem Nutzen war . . .“. Als Hauptgrund gaben sie an, daß der „Implementation lag“, d. h. die Verzögerung in der Verwirklichung von Beschlüssen, angesichts der schwerfälligen administrativen Verfahrensweisen „zwischen einem Minimum von annähernd einem Jahr und mehr als 900 Tagen“ lag mit einer Durchschnittszeit von 500 Tagen für viele Projekte. Die Konsequenz war, daß die „Geldpolitik in Italien dazu berufen ist, für

14) Eugenio Scalfari, *Mentre lo Stato perde Tempo*, l'Espresso, 3. 9. 1972, S. 8.

15) *Demand Management — Globalsteuerung*, hrsg. v. H. Giersch, Tübingen 1972, S. 164 ff.; speziell S. 168/169, 172.

die Mängel der Fiskalpolitik einzutreten". Nun wird aber anerkanntermaßen die Zentralbankpolitik bei festen Wechselkursen einigermaßen funktionsunfähig. Damit erklärt sich vielleicht auch teilweise, wenn im Februar 1973 die Regierung der rechten Mitte (*Andreotti-Malagodi*) beschloß, den Kurs der *Lira* fluktuieren zu lassen. Für diese Entscheidung galt die alte Regel, daß die damit ausgelöste De-Facto-Abwertung zunächst die Importe erheblich verteuern mußte, was nun auf längere Sicht durch Ausdehnung der Exportmengen kompensiert werden könnte.

Sozialistische Kritiker wie *Galli* und *Nannei* haben die Behauptung aufgestellt, die Entscheidung sei zu Nutz und Frommen bestimmter Finanzkreise erfolgt, die daran verdienen wollten¹⁶). Wie dem auch sei: Die beiden Autoren haben unbestreitbar nachgewiesen, daß die Operation bis zum 31. 10. 1973 ein Fehlschlag war: Die Exportwertsumme wuchs um 17 vH, die Importwertsumme dagegen um 41,4 vH gegenüber der gleichen Zeitspanne 1972. Gleichzeitig erfuhr das Exportvolumen eine Ausdehnung um 7 vH, das Importvolumen um 25 vH. Die beiden Autoren führen dies unbefriedigende Ergebnis darauf zurück, daß man die Anpassungsfähigkeit der italienischen Exportwirtschaft überschätzt habe. Allerdings wird man zugeben müssen, daß der Zeitraum für eine solche Anpassung bisher etwas knapp war, vielleicht wirkt der Stimulus für den Export auf längere Sicht etwas stärker.

Andererseits besteht die Gefahr, daß gerade der Reallohnsteigerungserfolg, den die Mitte-Links-Regierungen erzielten, auf längere Sicht zu einer überproportionalen Steigerung der Einfuhren von Artikeln des gehobenen Bedarfs führt, z. B. von Fleisch. Damit würde dann das Zahlungsbilanzdefizit, das deflationär und arbeitsplätzebedrohend wie wachstumsfördernd wirkt, wieder größer. Es war bisher das Kernstück der Politik des „centro sinistra“, eben diese deflationären Maßnahmen zu vermeiden, die ihr vom Chor der Verfechter der These von der „Ordnung im eigenen Hause“ — der von der Weltbank bis zu deutschen Sozialisten reicht — anempfohlen wurden.

Das britische Beispiel

Für Großbritannien wird seit langem die „stop-go“-Politik als typisch angesehen: Darunter versteht man eine vor allem von der Haushaltspolitik induzierte Art von „politischem Zyklus“. Leichte Rückgänge bzw. Stagnationen des Brutto-sozialprodukts in den Jahren 1951/52, 1957/58, 1961/62 und 1968/69 wurden damit in Zusammenhang gebracht. Gleichzeitig wurde implicite unterstellt, daß die Begrenzung der Wachstumsrate auf 2,5 vH und weniger in allen Jahren seit 1955 mit Ausnahme von 1959/60, 1963/64, 1968 und 1973 ebenfalls damit zu erklären sei.

16) G. Galli/A. Nannei, *La Base sociale dell'Economica Bloccata in Tempi Moderai*, XVI Tg., No 17, Jan—März 1974, S. 9.

Ein nüchterner Beobachter wie *T. Wilson* hat dazu gesagt: „Früher hat man unterstellt, daß es natürliche Kräfte waren, die Schwankungen in Produktion und Beschäftigung hervorrufen, und die Regierung hatte die Stabilisierungspolitik zu liefern. Heute heißt es in der volkstümlichen Debatte, es sei die offizielle „stop-go“-Politik, die die Unstabilität erst schafft. Daran mag natürlich ein Stück Wahrheit sein, aber man kann nur schwer glauben, daß es die ganze Wahrheit ist¹⁷⁾.“ Wie oben angedeutet wurde, hat man in neuerer Zeit entdeckt, daß die praktische Durchführung keynesianischer Konzepte nicht so einfach ist, und daß die Konjunkturpolitik oft das Gegenteil von dem erreicht, was sie wollte. Indessen darf man nicht vergessen, daß der darunter liegende Grundzyklus doch eine Realität ist¹⁸⁾.

Es ist also sicherlich nicht richtig, wenn die Schwankungen in der britischen Konjunktur einseitig auf das „stop-go“-Signal der Regierungen zurückgeführt wird. Dennoch hat der „Economist“ für 1973/74 eine solche Gegenüberstellung versucht:¹⁹⁾

	Konservative (1962–64)	Labour (Oktober 1964 bis Juni 1970)	Konservative (Juni 1970 bis Dezember 1973)	Labour (Juli 1974 nach letztem Heath- Quartal)
Bruttosozialprodukt	+ 3,4 %	+ 2,3 %	+ 2,9 %	– 1,8 %
Industrieproduktion	+ 4,8 %	+ 2,7 %	+ 2,7 %	– 0,7 %
Goldmengen (M ₃)	+ 9,6 %	+ 7,3 %	+ 20,5 %	+ 16,5 %
Stundenlöhne	+ 9,2	+ 6,6 %	+ 13,6 %	+ 17,2 %
Zahlungsbilanz (Mill. £)	– 159	+ 560	– 2 228	– 4 500
Arbeitslose (jeweils Ende der Periode)	+ 1,5 %	+ 2,5 %	+ 2,2 %	+ 2,5 %
Einzelhandelspreise	+ 6,7 %	+ 4,7 %	+ 8,8 %	+ 21,7 %

(Ziffern jeweils auf Jahresbasis)

Zwei Dinge werden bei dieser groben Übersicht eindeutig klar: Die Labour-Partei hat eher eine inflationsbremsende Politik durchgeführt. Die Goldmenge wuchs unter ihrem Regime 1964–70 und sogar 1974 eindeutig langsamer, und auch die Reallöhne steigen langsam — 1974 nahmen sie sogar ab —, wobei man bei den Nominallöhnen wie beim Zahlungsbilanzdefizit das Erbe der *Heath*-Periode zu überwinden hatte.

17) T. Wilson, *Instability and Growth, An international comparison in Economic Growth in 20th Century Britain*, hrsg. v. g. H. Aldroft/P. Fearon/D. Random 1969, S. 195.

18) Konjunkturstatistik Eurostat, 21. 10. und 4. 11. 1974; „Entreprise“, 3. bis 9. Oktober 1974, Artikel „La crise se prépare“, S. 55.

19) Vgl. „Economist“, 12. Oktober 1974.

Ebenso eindeutig ist aber auch, daß das „Floating“ des Pfundes immer stärker wachsende Zahlungsbilanzdefizite gebracht hat, ohne daß dies durch die Ausweitung des Exportvolumens kompensiert werden konnte:

	Labour Oktober 1964 bis Juni 1970	Konservative Juni 1970 bis Dezember 1973	Labour 1. Quartal
Ausfuhrvolumen	+ 6,4 %	+ 7,6 %	+ 14,6 %
Einfuhrvolumen	+ 4,6 %	+ 11,8 %	– 6,3 %
Ausfuhrpreise	+ 4,4 %	+ 7,6 %	+ 40,7 %
Einfuhrpreise	+ 3,9 %	+ 12,2 %	+ 74,2 %

(Ziffern jeweils auf Jahresbasis)

Es gelang Labour zwar, das Einfuhrvolumen zu drosseln — aber die Bemühungen um Verringerung der Einfuhrwertsumme scheitert an Weltmarktpreis-inflation und Floating.

Sicherlich hat das unzeitige Duell zwischen konservativer Regierung und Bergarbeitergewerkschaft die britische Situation gerade auf dem Höhepunkt der Energiepreiskrise — die die Standfestigkeit der Bergarbeiter untermauerte — in unbegreiflicher Weise verschärft. Immerhin sind die Folgen der Kurzarbeit im zweiten Vierteljahr 1974 einigermaßen überwunden worden. Die britische Problematik erhielt damit wieder den „Normalgrad des Anomalen“. Sie wird überschattet vom Zahlungsbilanzdefizit, das analog zur italienischen Problematik erscheint.

Konjunkturschwäche verschärft Strukturprobleme und Regionaldisparitäten

Beide Länder — und in geringerem Umfang auch Frankreich, in noch stärkerem Irland — demonstrieren dabei gleichzeitig die Tatsache, daß jede konjunkturelle Abschwächung die vorhandenen Strukturdisparitäten weiter denn je aufreißen muß. Das gilt einerseits für notleidende Branchen, vor allem aber für wirtschaftlich zurückgebliebene Gebiete.

Das Fehlen eines europäischen Regionalfonds macht sich in diesem Augenblick besonders verhängnisvoll bemerkbar. Die Agrarpolitik kann hier nicht ausgleichend wirken, denn sie kommt großenteils entwickelteren Gebieten der Gemeinschaft mit höherer Produktivität zugute als den abgelegenen Gebieten Süditaliens, Schottlands und Irlands. Rechnet man die gesamten Subventionen zusammen, die von 1952 bis 1972 durch Montanunion und EWG ausgeschüttet wurden, so gingen davon, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, an Italien ganze 53 Rechnungseinheiten. Demgegenüber bekam Frankreich 160, Holland 93 Rechnungseinheiten, und die Bundesrepublik, die anerkanntermaßen der Hauptzahler war, erhielt immerhin ungefähr ebensoviel wie Italien, nämlich 47 Rechnungseinheiten pro Kopf.

Es kann nicht wundernehmen, wenn die Regierungen der armen Länder mit den Strukturproblemen vor allem auf regionalem Gebiet nicht fertig werden.

Es war eine der Prämissen der Vertrages, daß der durch die Integration zwangsläufig ausgelöste Sog zu den Kapitalballungsgebieten durch Gegenmaßnahmen ausgeglichen werden sollte, damit der Gemeinsame Markt nicht das Schicksal Italiens nach der Wiedervereinigung der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts erleiden sollte — nämlich die relative Verarmung der Randgebiete. Als man Italien und Irland, aber auch Schottland in die Gemeinschaft aufnahm, mußte man sich über die Konsequenz klarsein: Diese Armenhäuser Europas mußten saniert werden. Taucht Arbeitslosigkeit in den Industriezentren auf, so muß sie in den Randgebieten doppelt so hoch ausfallen.

Es ist zu verstehen, wenn in solchen Ländern mit brennenden regionalpolitischen Problemen eine gewisse Scheu vor der Deflation besteht, weil diese sich in überproportionalem Elend in den Notstandsgebieten auswirken müsse. Es wäre aber sicher ungerecht, wenn man diese Länder deswegen einer aktiven Inflationspolitik bezichtigen wollte.

Frankreichs Wirtschaft wuchs noch weiter mit Defizit

Die französische Wirtschaft scheint ihrer Tradition treu geblieben zu sein, wozu Weltrezessionen sich in Frankreich erst mit Verzögerung bemerkbar machen. Die Gesamtwachstumsrate des französischen Bruttosozialprodukts dürfte 1974 noch die Rekordziffer — im Vergleich zur übrigen Industrieländerwelt — von 4,7 vH erreichen. Ab September hat allerdings diese Wachstumsrate erheblich nachgelassen: Die jetzt erreichte Arbeitslosenziffer von einer halben Million ist ungewöhnlich hoch; sie entspricht 2,3 vH der Gesamtzahl der Arbeitskräfte. Den Preis dafür hatte die französische Wirtschaft bisher in Form eines Zahlungsbilanzdefizits entrichtet, das mit 6,2 Mrd. Dollar die Ziffer der drei Hauptleidtragenden — Großbritannien, Italien, Japan — zu fast drei Viertel erreicht. Frankreich steht in der Welt an vierter Stelle mit diesem Defizit.

Indessen spricht man in Frankreich jetzt von einem Nachlassen der Nachfrageinflation („demand-pull“), während die Kosteninflation („cost-push“) noch nichts an ihrer Intensität eingebüßt zu haben scheint. Immerhin vermerkt man einen Rückgang der Einfuhrpreise bei den Rohstoffen: seit Jahresanfang um rund ein Drittel bei Textilien, seit April rund 40 vH bei Metallen.

Das französische Beispiel zeigt kraß, wie gerade wachstumsintensive Wirtschaftssysteme vor der Weltpreissteigerung getroffen werden. Immerhin gehört Frankreich noch zu den Ländern, deren Gold- und Devisenreserven (das Land hat 8,3 Milliarden Dollar) dieses Defizit länger als ein Jahr lang verkraften können.

Katastrophe der Zahlungsbilanzen

Es hat sich mittlerweile herausgestellt, daß die Erdölländer einen um rund 15- bis 20prozentigen höheren Zahlungsbilanzüberschuß haben werden, als man in Vorschätzungen annahm: nämlich 70 bis 80 Milliarden Dollar statt 50 bis 60

Milliarden Dollar. Auf der Defizitseite stehen daher fast alle Industrieländer außer der Bundesrepublik und den Niederlanden. Gruppiert man sie nach der prozentualen Bedeutung, die das Zahlungsbilanzdefizit im Verhältnis zum Brutto-sozialprodukt dieser Länder hat, so ergibt sich folgendes Bild:

	Geschätztes Zahlungsbilanzdefizit 1974 (in Mrd. Dollar)	Defizit entspricht % des Brutto- sozialprodukts	Gold- und Devisenreserven Juli 1974 (in Mrd. Dollar)	Reserven reichen für Monate
Irland	- 0,7	10 %	1,0	17
Neuseeland	- 0,8	6,7 %	0,6	9
Norwegen	- 1,3	6,6 %	1,6	15
Italien	- 8,8	6,0 %	5,6	8
Großbritannien	- 9,8	5,4 %	6,7	8
Finnland	- 0,9	4,7 %	0,8	10
Dänemark	- 1,1	3,8 %	0,8	8
Österreich	- 1,0	3,7 %	2,9	35
Australien	- 1,9	3,0 %	4,9	30
Spanien	- 2,0	2,8 %	6,1	36
Frankreich	- 6,2	2,2 %	8,3	16
Japan	- 7,8	1,7 %	13,4	21
Belgien	- 0,1	0,2 %	4,9	532
USA	- 1,0	0,1 %	14,9	179
Gesamtdefizit mit Griechenland, Kanada, Schweiz und Schweden	-45,8		88,9	
Niederlande	+ 0,8	1,3 %	5,6	-
Bundesrepublik	+ 7,0	0,8 %	33,9	-

(Quelle: „Economist“, 12. 10. 1974, S. 65: „Worse than 1931“ (Schlimmer als 1931).)

Diese Tabelle zeigt dreierlei: Erstens die unmittelbare Devisennot, in der sich drei Länder der EG (Großbritannien, Italien, Dänemark) in Kürze befinden werden (mit entsprechender Tendenz zur Deflationpolitik); zweitens den deflationären Sog, den der drastische Kaufkraftabzug, wie ihn ein Zahlungsbilanzdefizit von 4 bis 6 vH des Sozialprodukts darstellt, auf die Wirtschaft dieser Länder ausübt; drittens die Tatsache, daß rund ein Fünftel dieses deflationären Sogs für die Industrieländer auf den deutsch-niederländischen Überschuß zurückzuführen ist.

Deflationäre Wirkung im Weltmaßstab

Der Überschuß der Erdölländer entspricht einem Deflationseffekt von rund 2 vH des Weltsozialprodukts (von etwa 4000 Milliarden Dollar; etwas mehr als ein Viertel davon entfällt auf die USA). Der „Economist“ schätzt die Multiplikatorwirkung dieses mittelbaren Deflationseffekts auf vier bis fünf und rechnet deshalb mit einem Rückgang im Weltsozialprodukt von 3 bis 4 vH, statt eines Wachstums

von (bisher) etwa 5 vH. „Aber die Welt glitt schon in eine gemäßigte Rezession, ehe die Ölpreise stiegen. Der Rückgang im Sozialprodukt wird deshalb größer sein.“

Wir möchten annehmen, daß sich ein solcher Rückgang in einer Schrumpfung der Industrieproduktion um 9 bis 15 vH niederschlagen könnte. In den USA pflügt der Rückschlag in der Industrieproduktion in Vierteljahresziffern in sechs Nachkriegszyklen etwa das drei- bis vierfache des Rückgangs beim Sozialprodukt zu betragen²⁰).

Der deutsch-niederländische Überschuß würde demnach noch rund 0,2 vH vom Weltsozialprodukt und 0,6 vH bei der Weltindustrieproduktion hinzufügen. Nun muß man aber bedenken, daß diese Schrumpfung des Weltsozialprodukts um rund 5 vH die USA weniger treffen dürfte, und daß eine Reihe von devisenstarken Ländern mindestens nicht zur Deflationspolitik schreiten werden. Damit kann man für die Hauptbetroffenen — Irland, Großbritannien, Italien, Dänemark, Finnland — mit Rückgängen des Sozialprodukts ungefähr in der Höhe ihres Zahlungsbilanzdefizits, also um 6 bis 7 vH mindestens, rechnen, was sich in einer Schrumpfung der Industrieproduktion um 12 bis 20 vH niederschlagen könnte. Dann käme alles darauf an, wie lange eine solche Rezession andauert. Würde sie sich über ein Jahr hinziehen, so würde sie für den angelsächsisch-skandinavischen Raum und Italien fast Ausmaße der Depression von 1930/31 erreichen.

Die Furcht vor 1931

Tatsächlich hat der „Economist“ am 12. Oktober auch diesen Schluß für Großbritannien gezogen, wenn er die möglicherweise für 1975 notwendige Importdrosselung durch Dämpfung der Binnennachfrage auf 7 bis 10 vH des Sozialprodukts schätzt, was mindestens 15 vH der Industrieproduktion entspräche — die 1932 auf dem Tiefpunkt um 14 vH gegenüber 1929 abgesackt war. Auch der „Economist“ sagt, daß ein solches Absinken des Sozialprodukts „schlimmer als 1929—31 wäre, und zu Arbeitslosigkeit mit Ausmaßen der Zeit zwischen den Kriegen ... und viel heftigeren sozialen Konsequenzen“ führen könnte. Damit würden gerade die bisher als „konservativ“ anzusprechenden Länder Europas — z. B. der Nordwesten und das christdemokratisch geführte Italien, gleichzeitig aber auch Frankreich, dessen Rechte bei den Präsidentenwahlen nur eine hauchdünne Mehrheit hatte — radikalisiert.

Wenn die Bundesrepublik nicht zu einer politischen Insel in Europa werden will, muß sie von ihrer historisch bedingten Inflationsangst herunter und ihre Binnennachfrage einer starken „Reflation“ unterziehen, um ihr Scherflein beizutragen zur Untermauerung der effektiven Weltnachfrage, für die weder das konservativ geführte Amerika noch die in ihren reichsten Repräsentanten semi-feudal orien-

20) Vgl. Solomon Fabricant, The recession of 1969/70, in: The business Cycle today, hrg. von V. Zarnowitz, New York 1972, S. 104/105.

tierte Welt der Erdölländer etwas zu tun bereit sind. Soweit letztere Kredit geben, bedeutet dies nur zukünftige Schuldknechtschaft der Arbeitnehmer Europas gegenüber dem Feudalismus.

Es kann passieren, daß sich die Situation von 1929 auf niedrigerem Spannungsniveau wiederholt: diesmal würde Großbritannien, das damals mit 14 vH Rückgang der Industrieproduktion gegenüber Deutschlands mit 45 vH relativ günstig wegkam, den „armen Mann Europas“ abgeben, mit allen sozialen und politischen Konsequenzen. Die Depression in Großbritannien und Italien hat beide Länder schon zu einem permanenten „Floating“, die einem generellen Schutzzoll gleichkommt und anderen Maßnahmen gezwungen, die eine Art Präludium zum Ausscheiden aus der EG darstellen könnten.

Die längerfristige Computer-Perspektive: Verstärkung der USA-Dominanz

Nun mag sich die moderne Industrieländerwelt von der Erschütterung auf mittlere Sicht wieder erholen. Darüber darf man jedoch die langfristigen Konsequenzen nicht vergessen. Die Aussichten bis 1980 hat vor kurzem ein französisches Expertenteam auf dem Computer durchgerechnet (hochgerechnet)²¹). Dabei wurden folgende Hypothesen unterstellt:

- Der Erdölpreis bleibt in konstanten Preisen bis 1980 derselbe;
- in OECD (und EWG) kommt es zu keiner gemeinsamen Energiepolitik;
- die Hilfe an die Entwicklungsländer reicht aus, um das Erdöldefizit zu decken.

Dann ergibt sich für die großen Industrieländer folgendes Bild im Verhältnis zu dem, was ohne die Erdölkrise passiert wäre: Der Zahlungsüberschuß der USA wächst um das Doppelte, nämlich rund 15 Milliarden Dollar. Die arabischen Länder erhöhen ihren Überschuß von einigen 60 bis 80 Milliarden auf 90 bis 110. Frankreich, Italien und Japan schwingen (swingen) von leichteren Überschüssen (1,3, etwa 2,5 und 4,7 Milliarden) in hohe Defizite hinein. Wenn wir diese mit

	Zahlungsbilanzsituation ohne Krise	Zahlungsbilanzsituation mit Krise 1974	Zahlungsbilanzsituation mit Krise 1980
USA	+ 7,9	– 1,0	+ 21,6
Kanada	+ 0,6		+ 13,5
Großbritannien	+ 6,3	– 9,8	+ 5,0
Bundesrepublik	+ 2,0	+ 7,0	+ 4,1
Frankreich	+ 1,3	– 6,2	– 7,6
Italien	+ 2,5	– 8,8	– 9,2
Japan	+ 4,7	– 7,8	– 17,7

(in Mrd. Dollar)

21) Le seuil de rentabilité Optimum de la 'crise' pétrolière, *Ix Monde diplomatique*, November 1974, S. 14.

den oben angegebenen Defiziten vergleichen, mit denen man nach 1974 rechnet, so zeigt sich, daß für die hauptsächlich betroffenen Länder das Defizit aus der Erdölkrise noch wächst.

Es zeigt sich, daß die relative Position der angelsächsischen Länder wesentlich verbessert wird, während sich die Situation der übrigen Länder und besonders Japans erheblich verschlechtert. Die Bundesrepublik würde zwar 1980 noch besser darstehen als ohne Krise, aber schlechter als 1974.

Das Expertenteam hat noch vier Möglichkeiten für die Bildung des Erdölpreises durchgespielt: Bei den ersten drei wird unterstellt, daß die Entwicklungsländer jeweils mehr Hilfe bekommen als ihr Erdöldefizit ausmacht; im vierten Fall unterstellt man, daß die Hilfe geringer bleibt. In den beiden ersten Fällen wird weiter unterstellt, daß die übrige Welt sich stark um eine Selbstversorgung bemüht, in den beiden anderen Fällen bleibt diese Anstrengung gemäßigt. Dann aber wird im ersten Fall ein Erdölpreis von 6 Dollar pro Barrel unterstellt — also etwa zwei Drittel vom jetzigen —, im zweiten und dritten Fall ein solcher von 7,5 und im vierten ungefähr der heutige, nämlich 9 Dollar pro Barrel. Es stellt sich nunmehr heraus, daß die Vereinigten Staaten in jedem Falle der Nutznießer sind: In den beiden ersten Fällen haben sie einen Zahlungsbilanzüberschuß von 27 Milliarden Dollar, im dritten und vierten einen von 9,4 bis 1,1 Milliarden Dollar. Kanada hat Überschüsse von 7 bis 8 Milliarden, Großbritannien (dank Nordseeöl 1980) von 3 bis 8, die Niederlande haben 0,5 bis 1,4 Milliarden. Alle anderen kommen auf hohe Defizite; das für Japan erreicht im vierten Fall die horrende Summe von 30 Milliarden Dollar.

Bedenkt man, daß die großen Vermögenswerte der Erdölkonzerne (Ölschiefer, Ölsand, Kohle) in Nordamerika liegen, so ergibt sich ein Bild der Koinzidenz der Interessen an der Hochhaltung des Erdölpreises auf etwa 7,5 Dollar — bei welchem Preis die übrige Welt destabilisiert wird.